

Auf dem Weg zur dunklen Seite der Macht ...

Oberflächlich betrachtet schien der Erfolg Putins bei den Präsidentschaftswahlen 2018 ein guter Ausgangspunkt für seine letzte Präsidentschaft gewesen zu sein. Tatsächlich brachten die Monate nach der Wahl Richtungsentscheidungen, die so nicht unbedingt vermutet wurden. Der damit verbundene dramatische Vertrauensverlust, den der Präsident nun hinnehmen muss könnte zum Ausgangspunkt für eine langsame Repolitisierung der russländischen Öffentlichkeit sein. In einer Umfrage vom 24. März wird von einem stabilen Wachsen der Proteststimmung im Lande gesprochen. Die Frage, ob sie Putin bei Präsidentschaftswahlen wählen würden, beantworten nur noch 41 Prozent positiv – im Januar vergangenen Jahres waren es noch 57 Prozent. Keine(r) der anderen möglichen KandidatInnen kann allerdings davon profitieren. Der Anteil derjenigen, die unsicher sind bzw. nicht wählen werden beträgt jeweils 19 Prozent. Trotzdem bleibt Putin derjenige unter den PolitikerInnen, dem immer noch das mit Abstand größte Vertrauen entgegengebracht wird. 41 Prozent der Befragten für Putin stehen 16 Prozent für den zweitplatzierten Žirinovski gegenüber. Pavel Grudinin, ex-Präsidentschaftskandidat der KPRF und der im Westen oft gefeierte Aleksej Navalnyj kommen auf 5 bzw. 3 Prozent. (Levada-centr 2019)

Das deckt sich mit anderen Umfragen, die von einer wachsenden Unzufriedenheit mit den Tendenzen der Desintegration der Gesellschaft und dem wachsenden Widerspruch zwischen Bürgern und Macht sowie arm und reich sprechen. Nur 19-24 Prozent der Bevölkerung seien mit der Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik zufrieden. Allerdings sollte auch die hohe Zustimmung zur Außenpolitik Russlands beachtet werden: 53 Prozent sind im Großen und Ganzen zufrieden. Der Vertrauensverlust (im Mai 2018 betrug der Wert 66 Prozent) ist auch hier festzustellen, er fällt aber bei weitem nicht so deutlich aus, wie in den anderen Kennzahlen. (VCIOM 2019)

Der entscheidende Paukenschlag war die Rentenreform, mit der das Rentenalter von 55 bzw. 60 auf 60 bzw. 65 Jahre erhöht wird. Entgegen früherer Beteuerungen unterstützte Putin dieses Projekt. Die Wirkungen dieser Reform dürfte der Regierungsmannschaft klar gewesen sein – man muss davon ausgehen, dass der Konflikt bewußt gesucht wurde. Zu beachten ist, dass sich diese Veränderungen in der Rente in ein großangelegtes Vorhaben zur Privatisierung der Alterssicherung eingebunden ist. Ziel ist die Durchsetzung einer kapitalgedeckten Rente.

Der Hintergrund wird in Russland selbst in der Suche von Akkumulationsquellen gesehen. Die hohe Abhängigkeit des Staatshaushaltes und des Investitionsgeschehens von den Einnahmen aus dem Rohstoffexport soll durch die in die Banken fließenden und als Alterssicherung langfristig gebundenen Einzahlungen der Masse der Lohnabhängigen gemildert werden. Vor dem Hintergrund stagnierender Realeinkommen, kaum sichtbarer Fortschritte beim Strukturwandel der russländischen Wirtschaft und ungelöster Probleme im Gesundheitswesen, im Umweltbereich und hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse ist der eingeschlagene Weg der Reform der Alterssicherung eine zusätzliche Belastung der Lohnabhängigen zu Gunsten der Oberschicht in Staat und Privatwirtschaft. Derzeit wird die Basis geschaffen, auf der die verschiedenen Fraktionen der Oberschicht das nachputinsche Gesellschaftsmodell aushandeln. Der in dem unter Putin entstandenen System verkörperte Konsens der Oberschicht wird offensichtlich; er steht nicht mehr „über“ den Konflikten, er hat sich zu einem Teil dieser Konflikte gemacht.

Durch die Sanktionen und die beständige Missachtung russländischer Interessen (wie man diese auch beurteilen mag) werden die verschiedenen Fraktionen immer stärker zusammengeführt – ganz entgegen den Intentionen des „Westens“. Der „Vertrag“ zwischen Putin und der Gesellschaft hingegen, so DiskussionspartnerInnen in Russland, beginne zu zerfallen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was die russländische Gesellschaft zusammenhält, mit neuer Schärfe. Der Sozialstaatsgedanke wird es nicht sein – das ist mit der Rentenreform klar geworden. Die sowjetische Vergangenheit ist es immer weniger, der Glanz des Beitritts der Krim zur Russischen Föderation verliert angesichts der alltäglichen Probleme schnell an Bedeutung. Die Selbstbehauptung gegenüber den Anmaßungen des „Westens“, Russland Verhalten zu diktieren, wird Gewicht gewinnen. Die Interventionen des „Westens“ richten sich vor allem gegen die Missachtung der Bürgerrechte im engen Sinne – die Rechte der Gewerkschaften und der Beschäftigten oder die Privatisierungszumutungen spielen kaum eine Rolle. Der zunehmende Widerstand wird also einen eigenen inneren Kristallisationspunkt brauchen. Wo der liegen wird, ist noch unklar.

Die Konfliktlinien

Die mit der Rentenreform deutlich gewordene Richtungsentscheidung markiert nur eine der an Brisanz zunehmenden Konfliktlinien in der russischen Gesellschaft. Gleichzeitig zeigt sie, wie fragil die sozialen Beziehungen sind. Die Wut auf die Rentenreform ist vor allem darauf zurückzuführen, dass nicht einfach für die Einzelnen, sondern für die ganzen Familien Lebensplanungen zerstört wurden. Die Großeltern spielen eine wichtige Rolle bei der Kinderbetreuung und bei der materiellen Unterstützung junger Familien. Die Opposition hatte versucht, durch Anrufung des Verfassungsgerichtshofes das entsprechende Gesetz für verfassungswidrig (z.B. als Verstoß des auch in der russländischen Verfassung verankerten Sozialstaatsprinzips) erklären zu lassen. Der Verfassungsgerichtshof lehnte schon eine Überprüfung des Gesetzes zur Rentenreform ab. (Kornja 2019)

Putin unternahm in seiner Botschaft an die Föderalversammlung im Februar den Versuch, mit der Betonung der Bedeutung der Unterstützung von Familien die Brisanz aus der Diskussion zu nehmen. So soll das Armutrisiko für Familien mit Kindern verringert werden, die Steuerbelastung für solche Familien soll verringert werden, Familien mit Kindern mit Behinderungen sollen besser unterstützt werden, die Hypothekenlasten beim Wohnungskauf sollen verringert werden usw. Als weitere Prioritäten benannte er den Kampf gegen die wieder wachsende Armut generell, Altersarmut und das Gesundheitswesen. (vgl. Putin 2019) Diese Schwerpunktsetzungen bilden ziemlich deutlich die realen Konfliktlinien auf dem Gebiet des Sozialen ab. Allerdings wird von ExpertInnen vermerkt, dass die dafür vorgesehenen Mittel kaum ausreichen. (<https://www.kommersant.ru/doc/3944846>)

Die derzeit diskutierten Rezepte sind durchaus bekannt und erinnern in Vielem an die unter Schröder installierte Politik der „Förderns und Forderns“. Auch im Gesundheitswesen versucht man seit längerem, mit dem Modell der „schlanken Poliklinik“ die Versorgung zu verbessern – freilich ohne Erhöhung des Bestandes an Fachkräften. (TASS 2017) Diese Politik der Ökonomisierung des Gesundheitswesens stößt unter den Beschäftigten auf zunehmenden Widerstand. Auch die Konfliktlinie Umweltpolitik wurde von Putin aufgegriffen. Seit einigen Monaten schon laufen Auseinandersetzungen um die immer größer werdenden Mülldeponien. Da es in Russland bislang kaum eine Verarbeitung des Mülls gibt (Putin selbst geht von 8-9 Prozent aus), wird sich hier die Lage weiter zuspitzen.

Inwieweit die Ankündigungen Putins und die damit verbundenen Aufträge an die MinisterInnen noch eine reale politische Befriedung bewirken können, wird von Jahr zu Jahr unsicherer. Die immer wieder angekündigten Projekte zur Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Russlands haben kaum sichtbare Wirkungen gezeigt. Das gilt vor allem für die Masse der Lohnabhängigen, egal ob im staatlichen oder Privatsektor. Dies alles ist der Hintergrund dafür, dass nach den Protesten gegen die Rentenreform nicht einfach wieder Ruhe einkehrte. Träger der Proteste sind dabei nicht die Großorganisationen, etwa der Gewerkschaftsbund. Vielmehr sind es vor

allem kleinere und lokal verankerte Initiativen, die den Widerstand gegen die Politik von Staat und Unternehmertum bündeln. Unter den Gewerkschaften war es vor allem die „Konföderation der Arbeit“, mit etwa 2 Mio. Mitgliedern die zweitgrößte Gewerkschaft des Landes, die sich in der Bewegung gegen die Rentenreform profilieren konnte. Diese Verbindung sozialer und gewerkschaftlicher Proteste ist kein Zufall. Soziale, Arbeits- und Gewerkschaftsrechte stehen gleichermaßen unter enormem Druck. Deren Ausbau war auch diesmal nicht Gegenstand der Präsidentenbotschaft. Dementsprechend nehmen die Arbeitskämpfe an Schärfe und Dauer zu. Schwerpunkte der Arbeitskämpfe waren im Jahr 2018 Rückstände bei der Lohnzahlung und Entlassungen. Allerdings wächst die Zahl der Aktionen nicht in dem Maße, in dem die Probleme zunehmen. (Podcerob 2019) Letzteres liegt vor allem daran, dass die Möglichkeiten, Streiks und anderen Formen sozialen Protestes zu organisieren, unverändert kompliziert sind. Gesprächspartner in Russland verweisen darauf, dass es nicht nur wenige Spielräume für sozialen Protest gibt, sondern gesellschaftliche Organisationen immer stärker in ihrer Tätigkeit kontrolliert werden.

Die Enge der Möglichkeiten, Protest zu artikulieren, führt dazu, dass die Wahlen mehr und mehr zu einem Mittel des Protestes werden. Vor allem auf der regionalen Ebene haben in den letzten Monaten KandidatInnen der Opposition Posten als Gouverneure oder BürgermeisterInnen gewonnen. Dass damit durchaus Veränderungen eingeleitet werden können, zeigt sich etwa in Irkutsk. Die Stadt Irkutsk ist bereits lange ein industrielles und kulturelles Zentrum im Süden Sibiriens, in der Nähe des Baikal-Sees. Mit der Wahl von Sergej Levčenko (KPRF) zum Gouverneur eröffnete sich die Möglichkeit, bei der Lösung der anstehenden Probleme neue Wege zu gehen. Die Autorin Anna Očkina bezeichnet das Projekt als „Staat in Entwicklung“. (Očkina 2018) Es gehe darum, durch eine regionale Entwicklungspolitik unter Nutzung planerischer Ansätze gegen den vorherrschenden Trend des oligarchischen Kapitalismus in Russland anzugehen. Die Überwindung der Rohstoffabhängigkeit ist dabei der Ansatzpunkt. Die Strategie beruht auf der Idee einer staatlichen Planung der sozialökonomischen Entwicklung, staatlicher Stimulierung der Wirtschaft, einer prioritären Behandlung sozialer Fragen, der Durchsetzung von politischem Pluralismus sowie der Gewährleistung von bürgerlichen und politischen Freiheiten. Im Frühjahr soll speziell zur Frage der Rolle der »Zivilgesellschaft« in einer solchen Strategie in Irkutsk eine Konferenz stattfinden. Man wird bemerken, dass dieses Projekt „von oben“ vorangetrieben wird. Die Struktur der russischen Eliten, nicht der Unwillen der Bevölkerung bestimmt momentan die Richtung der Entwicklung.

Einrichten in der Stagnation statt großer Sprünge?

Der Präsident stellt große Aufgaben – so soll das Wachstum 2021 schon 3 Prozent übersteigen, eine überdurchschnittliche Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Einführung neuer Technologien und Digitalisierung mit dem Ergebnis einer Erhöhung des Exports von entsprechenden Erzeugnissen (also nicht Rohstoffen) um das 1,5fache. Ökonomen verschiedener Richtung konstatieren eher Stagnation auf letztlich allen Gebieten. Obwohl immer wieder davon gesprochen wird, dass Innovation und unternehmerische Initiative gefördert werden sollen wird die Realität der Wirtschaftspolitik von den Interessen der Großunternehmen und deren VertreterInnen sowie den Spitzen des Staatsapparates bestimmt. Dass die Umverteilung in diese Oligarchie funktioniert, gewährleistet ein intensiver personeller Austausch zwischen Wirtschaft und Staat. Entgegen den gängigen Einschätzungen, der Staat würde die Oligarchen unterdrücken wird auch das putinsche Russland durch sie beherrscht. (vgl. zu den Mechanismen Matveev 2019) Das ist nun international keine Besonderheit, aber die Einkommens- und Vermögensverteilung habe „abnorme Proportionen“ angenommen. Das bedeutet auch, dass der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ im Interesse dieser Oligarchie gegen Teile derselben repressiv agiert – wie momentan bei der gewaltsamen Regulierung der Brennstoffpreise, die Firmen wie Rosneft Verluste bringt.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird vor diesem Hintergrund von drei entscheidenden Punkten blockiert: der schwachen inländischen Nachfrage, einer auf Sicherheit orientierten Haushalts- und Währungspolitik sowie der Dominanz des Blockes von Verwaltungsspitzen, Großunternehmen (vor allem in der extraktiven Industrie) und Banken. Die darauf sich gründende herrschende Elite bildet eine staatskapitalistische Oligarchie, die den Worten nach (durch den Mund des Präsidenten) innovative Strategien fordert, vor deren praktischen Konsequenzen jedoch zurückschreckt und durch staatliche Maßnahmen die Entwicklung neuer Wirtschaftssektoren bremst. Die strategisch entscheidende Frage des Umbaus der russischen Wirtschaft wird zwar breit diskutiert. Die russländische Diskussion orientiert, wie überall auf der Welt auf Digitalisierung, KI usw. – die reale Entwicklung hat damit wendig zu tun. Trotz aller nationaler Projekte und Aufgaben in den jährlichen Botschaften des Präsidenten ist eine mit chinesischen Verhältnissen vergleichbare wirtschaftliche und technologische Offensive ausgeblieben. Gerade teilte der Chef des Rechnungshofes Kudrin mit, dass die von der Regierung vorgesehenen Investitionen in diesem Jahr wohl kaum zu realisieren seien, obwohl, wieder nach Worten des Präsidenten, Russland über ein solides Polster an finanziellen Reserven verfüge. (Vedomosti 2019a) Unter diesen Umständen kann von einer Importsubstitution durch Staatsaufträge, die ja eine Belebung des Binnenmarktes bringen könnte, kaum die Rede sein. (Vedomosti 2019b) Die Zentralbank orientiert auf einen schwachen Rubel, um den Export zu stimulieren und damit die Staatskasse zu füllen sowie ausländischen Kapital anzuziehen, während gleichzeitig im Lande Valuta aufgekauft werden, um die Reserven weiter aufzustocken. (Politonline 2019) Der Import wird vor allem durch Konsumgüter dominiert, so dass auch von hier keine Entwicklungsimpulse ausgehen. (Sapožkov 2019) Die fehlende Erneuerung in der Industrie verfestigt die Dominanz von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen im Export – lediglich Rüstungsgüter spielen hier eine nennenswerte Rolle. Das lähmt jede innovative wirtschaftliche Aktivität.

Verlierer dieser Art von Wirtschaftspolitik sind neben den Lohnabhängigen kleinere Unternehmen und Unternehmen gerade im innovativen Bereich. Sie erhalten kaum Kredite (vgl. aktuell Gaidar Institute 2019) und sind Gegenstand vielfältiger Regulierungen und Überprüfungen. Jeglicher Versuch des Abbaus von Belastungen dieses Teils des Unternehmertums lief bisher ins Leere. Wohlgemerkt – es geht nie um den Schutz der Rechte der Beschäftigten, sondern um Fragen der Buchhaltung, der Berichterstattung usw.

Konfliktäre Konvergenz - Friedensfrage wird zentral

Mit den Orientierungen auf Privatisierung, zunehmender Umverteilung in eine immer reichere Oligarchie, Begrenzung gewerkschaftlicher und sozialer Schutzrechte und Leistungen sowie dem wachsenden Einfluss nationalistischer und rechtsextremer Positionen bei wachsendem Stellenwert nationaler Konflikte werden sich der „Westen“ und Russland immer ähnlicher. Diese Konvergenz der Systeme unter unterschiedlichen historischen und geopolitischen Vorzeichen bringt eine Konstellation hervor, die eher der im frühen als im späten 20. Jahrhundert ähnelt. Die EU-Nachbarschaftspolitik und die NATO-Aktivitäten treiben Russland zu spiegelbildlichem Handeln in der Fixierung der Einflusszonen und legitimieren es. Problem Widerspruch zwischen dem Die globalen Ansprüche von EU und NATO und das regionale Interesse Russlands beginnen eine hochgefährliche Situation heraufzubeschwören, da auf beiden Seiten die Gegenkräfte außerordentlich schwach sind. Die inneren und äußeren Widersprüche bilden einen immer komplizierter zu entwirrenden Knoten. Dieses Zusammenspiel innerer und äußerer Probleme ist das tatsächliche Problem, nicht die Frage putinscher Politik oder etwa der Nachfolge Putins 2024. Daher ist eine konsequente Orientierung auf eine Demilitarisierung der Sprache, des Denkens und des Handelns aller Seiten nicht nur von sicherheitspolitischer Bedeutung, sondern auch eine Voraussetzung für die Verteidigung sozialer Rechte in Russland und in der EU gleichermaßen.

Quellen

- Gaidar Institute* (2019). Presentation of the Online Monitoring of the Economic Situation for the Mass Media, in: *The Gaidar Institute*, abrufbar unter: <https://www.iep.ru/en/presentation-of-the-online-monitoring-of-the-economic-situation-for-the-mass-media.html> (letzter Zugriff: 15.4.2019)
- Kornja*, Anastazija (2019). Konstitucionnyj sud otkazalsja proverjat' zakon o pensionnoj reforme, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2019/04/03/798254-sud-otkazalsya-proveryat-zakon?utm_campaign=newspaper_4_4_2019&utm_medium=email&utm_source=vedomosti (letzter Zugriff: 15.4.2019)
- Levada-centr* (2019). Presidentskoe golosovanie i doverie politikam, in: *Levada-centr*, abrufbar unter: <https://www.levada.ru/2019/04/11/prezidentskoe-golosovanie-i-doverie-politikam/> (letzter Zugriff: 17.4.2019)
- Matveev*, I.A. (2019). Krupnyj biznes v putinskoj Rossii: starye in novye istočniki vlijanija na vlast', in: *Mir Rossii*, Vol. 28(1), 54–74
- Očkina*, Anna (2018). „Gosudarstvo razvitija“: opyt Irkutskoj oblasti, in: *Levaja politik. Analitičeskij žurnal*. No. 31/2018, 23–54
- Podcerob*, Marija (2019). Kak bastovali i golodali rossijskie rabotniki v 2018 godu, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: <https://www.vedomosti.ru/management/articles/2019/02/06/793476-bastovali-i-golodali> (letzter Zugriff: 12.2.2019)
- Politonline* (2019). Činovniki progovorilis' - rossijan ždjot novaja volna deval'vacii, in: *Politonline*, abrufbar unter: <http://www.polygonline.ru/interpretation/22893936.html> (letzter Zugriff: 17.4.2019)
- Putin*, Vladimir (2019). Presidential Address to Federal Assembly, in: *Official Website of the President of Russia*, abrufbar unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/59863> (letzter Zugriff: 15.3.2019)
- Sapožkov*, Oleg (2019). Investtovary ne speshat v Rossiju, in: *Kommerсантъ*, abrufbar unter: <https://www.kommersant.ru/doc/3922930> (letzter Zugriff: 15.4.2019)
- TASS* (2017). „Berežlivaja poliklinika“: Kak Minzdrav RF planiruet cëkonomit' vremja pacientam i vračam, abrufbar unter: <https://tass.ru/obschestvo/4150972>
- VCIOM* (2019). Ocenka vlastej, in: *VCIOM*, abrufbar unter: https://wciom.ru/news/ratings/ocenka_vlastej/ (letzter Zugriff: 17.4.2019)
- Vedomosti* (2019a). Kudrin posčital nevypolnimym plan pravitel'stva po uveličeniju investicij, in: *Vedomosti*, abrufbar unter: <https://www.vedomosti.ru/economics/news/2019/04/14/799083-kudrin> (letzter Zugriff: 15.4.2019)
- Vedomosti* (2019b). Vlasti predlagajut uveličit' importozamežčenie v goszakaze, abrufbar unter: <https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2019/04/04/798363-vlasti-predlagayut> (letzter Zugriff: 15.4.2019)